



31. Juli 2017

Tarif-Info Internationaler Bund – konzernweit

Tarifvertragsparteien beschließen Verhandlungen über eine Übergangsregelung zu Entgelt- und Tätigkeitsmerkmalen für 2018

Nachdem der durch die Arbeitgeberseite in den Tarifverhandlungen in Weimar am 5./6. Juli 2017 vorgelegte Vorschlag für uns nicht verhandlungsfähig war, war klar, dass das Ziel, einen neuen, auch in Zukunft tragfähigen Tarifvertrag zum Entgelt und zu den Tätigkeitsmerkmalen für den IB noch in diesem Jahr abzuschließen nicht mehr erreicht werden kann. Einigkeit zwischen den Tarifvertragsparteien herrschte jedoch in einem Punkt: Noch im Jahr 2017 soll es für alle IB-Beschäftigten für die der Manteltarifvertrag gilt, auch eine tarifliche Regelung zum Entgelt und zu den Tätigkeitsmerkmalen geben. Für viele Beschäftigte des IB könnte so endlich wieder eine Tarifbindung hergestellt werden! Aus diesem Grund haben sich ver.di, GEW und die Arbeitgeberseite darauf verständigt, in den beiden noch für 2017 angesetzten Tarifverhandlungsrunden im September und November, eine befristete Übergangslösung zu verhandeln.

Die Übergangsregelung sieht vor:

- Aktualisierung und ggf. notwendige Anpassung des alten Tarifvertrages zu den Tätigkeitsmerkmalen des IB e.V. und befristetes Inkraftsetzen im gesamten IB bis zum 31. Dezember 2018.
- Vereinbarung neuer Entgelttabellen für die einzelnen IB-Gesellschaften und den IB e.V. sowie die Zuordnung der Tätigkeitsmerkmale zu den neuen Tabellen.
- Überleitung der Beschäftigten in die neue Regelung.

Die Verhandlungen zum neuen Tarifvertrag über die Tätigkeitsmerkmale beim IB werden verbindlich im kommenden Jahr fortgesetzt und sollen bis zum Auslaufen der befristeten Regelung Ende 2018 abgeschlossen sein.

Die Tarifkommissionen von ver.di, GEW sowie der Arbeitgeberseite haben der Übergangslösung in ihren Sitzungen am 19. Juli zugestimmt.

Die Forderung der Arbeitgeberseite, 24-Stunden-Dienste in stationären Einrichtungen tarifvertraglich zu ermöglichen, haben die Tarifkommissionen von ver.di und GEW dagegen mit großer Mehrheit zum Schutz der Gesundheit ihrer Kolleg*innen abgelehnt.

**Zusammenstehen
für bessere Arbeitsbedingungen!**